

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1919**

6 (8.1.1919)

# VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postamt monatlich 1.20 M., 1/2jähr. 3.60 M., 3/4jähr. 5.40 M., 1 Jahr 7.20 M.; durch den Postweg 1.34 M. bezw. 4.02 M.; durch die Feldpost 1.35 M. bezw. 4.03 M., vorauszahlbar. Ausgabe: Freitag mittags: Geschäftszeit: 1/2-1 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspre: Geschäftsstelle Nr. 128. Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die Spalt. Kolonnenzeile od. deren Raum 25 S., zuzügl. 80 % Teuerungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmeschluss 1/2 Vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geck & Cie. Karlsruhe.

## Wähler! Wählerinnen!

Als am 9. November unsere Parteigenossen Ebert, Scheidemann und Landsberg die Regierung übernahmen, noch vor dem Eintritt der Unabhängigen, erließen sie eine Erklärung, in der sie die Einberufung einer nach allgemeinem Volkswahlrecht gewählten Nationalversammlung ankündigten.

Später wurde von der Regierung, entsprechend unserem Parteiprogramm, allen Männern und Frauen vom vollendeten 20. Jahre an das gleiche Wahlrecht verliehen. Die Befreiung der Frau aus politischer Rechtslosigkeit ist unser Werk, das Werk der Sozialdemokratischen Partei.

Auf dem Kongress der Arbeiter- und Soldaten-Räte herrschte ein heftiger Kampf um den Zeitpunkt der Wahlen. Die sozialdemokratische Mehrheit behielt, daß er auf den frühestmöglichen Termin, den 19. Januar, festgelegt werde.

Dieser Tag naht nun heran. Indem die Sozialdemokratische Partei dem Volke zu seinem Rechte verhilft, so wird sie selbst über sein Geschick zu bestimmen, hat sie gezeigt, daß sie sein Urteil nicht scheut.

Die Sozialdemokratische Partei hat die Politik, die zum Ausbruch des Krieges und dann zur Niederlage führte, aufs härteste bekämpft. Aber weil sie die Niederlage mit allen Kräften zu verhindern bestrebt war, hat sie dem Lande niemals die Mittel verweigert, die es zu seiner Verteidigung brauchte. Unsere Kreditbewilligung war ein Bekenntnis der Liebe zum eigenen Volk, nicht des Gehorsams gegenüber den früheren Herrschern Deutschlands.

Unser Ziel war die Abwehr feindlicher Uebermacht und der Abschluß eines Verständigungsfriedens. Die nationalsozialistische Ueberhebung, der die bürgerlichen Parteien zum größten Teil verfallen waren, Blindheit und Hochmut unserer früheren Machthaber mißachteten unseren Rat und führten ins Verderben.

So kam die Revolution! Die Sozialdemokratische Partei war stets revolutionär in dem Sinne, daß sie die vollständige Umwälzung des Staates zur Demokratie, der Herrschaft zum Sozialismus anstrebte. Jetzt vollzog sich die Revolution fast schmerzlos und ohne Opfer durch den Zusammenbruch der alten Macht. Deutschland wurde Republik, und Sozialisten beider Richtungen übernahmen die Regierung.

Innerhalb der Regierung haben die Sozialdemokraten stets dahin gewirkt, daß sich die weitere Entwicklung unblutig gestalten, daß Erschütterungen, die der geschwächte Leib des Volkes nicht ertragen kann, vermieden werden, und daß das letzte und höchste Recht der Sozialdemokraten, das Recht der persönlichen Freiheit geschützt wird. Sie haben nach außen hin die ganze Verantwortung darauf gerichtet, die moralischen Kräfte der Welt, die Kräfte des Sozialismus in Bewegung zu setzen, um trotz der von den alten Machthabern verübten Verbrechen, einen für das deutsche Volk erträglichen dauerhaften Weltfrieden zu erringen.

Dieses Bestreben wurde von einer terroristischen kleinen Minorität durchkreuzt, die als ihr Programm verkündete, den ruhigen Aufbau der Republik und des Friedens zu stören, den Zusammentritt einer deutschen Volksvertretung gewaltsam zu hindern und Deutschland als Verbündeten Rußlands in einen neuen Krieg hineinzureißen.

Da sich die Unabhängigen zu einem energischen Vorgehen gegen dieses volksverderbliche Treiben nicht aufzuschwingen vermochten, kam es mit ihnen innerhalb der Regierung zum Bruch.

Berlin, 1. Januar 1919.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bartels, Braun, Ebert, Ernst, Marie Juchacz, Moskauer, Hermann Müller, Pfannkuch, Scheidemann, Weis.

## Bürger heraus!

Von Dr. Karl Wittel, Karlsruhe.

Es scheint noch viel zu wenig allen Zeitgenossen bewußt geworden zu sein, was diese Revolution, im geschichtlichen Zusammenhang betrachtet, bedeutet. Es ist für Mitlebende überhaupt schwer, sich bis zum Letzten klar zu werden, über die Bedeutung von Zeitereignissen. Nur Wenige sind es, die tief im eigenen Innern Zeiten so erleben, wie sie die Geschichte später zeichnet.

Nach lange weite Kreise des Bürgertums an, keinen Sinn und kein tiefes Verständnis für die weltgeschichtlich höchst bedeutende gegenwärtige Revolution zu haben. Daß sie nicht wissen, daß es ein Akt ist aus dem gewaltigen Befreiungskampf der unterdrückten Klassen, der sich als großes Revolutionsereignis durch die Jahrhunderte zieht. Im 16. Jahrhundert als Reformation in Erscheinung tretend, später als bauerkrieg, als 30jähriger Krieg, als große französische Revolution im Jahre 1798, und schließlich als jene Volksbewegung der Jahre 1848/49, die vor allem in unserem badischen Lande so hohe Wellen schlug.

\*) Vergl. die Schrift des Verfassers: „Die Lehren der Revolution von 1848/49“. Heft 1 der freideutschen Flugchriftenammlung „Der Freistaat“ (20 Pf., durch Weber, Karlsruhe, Luisenstraße 24).

Der vom allgemeinen Kongress der Arbeiterräte gewählte Zentralrat ließ die Unabhängigen ziehen und ernannte eine Regierung, die ausschließlich aus Mitgliedern der alten Sozialdemokratischen Partei besteht.

Die Nationalversammlung, die zu wählen eure Aufgabe ist, hat über den Fortbestand oder die Veränderung der jetzigen Regierung zu bestimmen. So liegt die Entscheidung über die künftige Regierung bei Euch!

Wir Sozialdemokraten fordern Euch, Wähler und Wählerinnen, auf, uns eure Stimmen zu geben, und darum sind wir auch verpflichtet, Euch zu sagen, was unsere Wünsche sind:

Wir wollen dem deutschen Volk die freieste republikanische Verfassung geben, die irgend ein Volk der Welt besitzt. Das Volk hat seine eigenen Geschicke, das ist unsere Forderung.

Wir wollen alles tun, um die Kräfte des Volkes neu zu beleben, um seine Rechte beim Friedensschluß zu wahren und um zu bewirken, daß ein gerechter Frieden zustande kommt, der die Welt vor neuen Kriegsgewalten bewahrt. Das deutsche Volk kann nicht der Nacht werden und läßt sich nicht vernichten!

Wir wollen dem Kapitalismus nicht gestatten, daß er die geistige und körperliche Schaffenskraft des arbeitenden und unterdrückten Volkes, das das arbeitende Volk nach sozialistischen Grundbegriffen den unerschöpflichen Ertrag seiner Arbeit genießen soll. Wir wollen die höchstmögliche Steigerung der Produktion durch ihre zweckmäßige Organisation und durch Erneuerung der Schaffenskraft und des Arbeitswillens, ohne die kein Volk leben kann!

Wir wollen Aufschwung und nicht Verfall, nicht Verwirrung und neues Untergehen. Unser Ziel ist höchste Freiheit und vollkommenste Ordnung.

Wir wollen keine Unterdrückung einer Klasse, eines Stammes, einer politischen oder religiösen Ueberzeugung. Auch die konfessionellen Gemeinschaften sollen jede Freiheit eines freien Staates genießen.

Wir wollen, daß alle Angehörigen unseres Volkes frei und gleich nebeneinander stehen und daß unter Volk frei und gleich neben den anderen Völkern stehen soll!

Eine Meienaufgabe, wie sie noch keiner Partei beschreiben war, steht vor uns. Nur das Vertrauen in die Gerechtigkeit unserer Sache verleiht uns den Mut, Euch zuzurufen: Weht uns die Macht, sie zu vollenden!

Die Sozialdemokratische Partei bekämpft die bürgerlichen Parteien, die aus Deutschland eine Geldrepublik machen wollen, ebenso wie die Partei der Unabhängigen, die im Kampfe zwischen Volksrecht und Terror keinen festen Standpunkt zu gewinnen vermochte und die für den notwendigen Schutz eigener Volksinteressen nach außen kein Verständnis befehdet hat.

Wähler und Wählerinnen! Keine Stimme den bürgerlichen Parteien, die unter verändertem Namen nur die Vertreter der alten Macht- und Ausbeutungsverhältnisse geliebten sind!

Keine Stimmensplitterung unter Arbeitern, Sozialisten!

Alle Stimmen der alten Sozialdemokratischen Partei, die dem Volk vertraut und in weltgeschichtlicher Stunde auch von ihm Vertrauen genießt.

Ins neue Jahr, in die neue Zeit mit dem alten Kampfeuf:

Hoch die Sozialdemokratie!

1918, die im Weltkrieg herangereift ist. Die grenzenlose Not des Volkes, die am 7. November 1917 in Rußland zum gewaltigen Durchbruch der unterdrückten Volkskräfte trieb, führte auch in Deutschland am 9. November 1918 zur Verwerfung des Militarismus zu Tode gequälten Soldaten und Arbeiter.

Diesmal stand das deutsche Bürgertum untätig daneben. Gibt es überhaupt im Bürgertum Männer und Frauen und eine Jugend, die aus freiem Willen den Umsturz begrüßen und in ihrem Innern darob beben, ob diesmal die Freiheit endgültig gesichert werden kann? Wo ist das Bürgertum, das mit flatternden schwarz-rot-goldenen Fahnen ehrlich auf der Kampfseite steht, wo die blutigen Freiheitsfahnen des Volkes wehen? Wo ist das Bürgertum, das aus der Erkenntnis heraus, daß es selber, wenn nicht heute (wie der größte Teil der Beamten und Festbesoldeten) so doch schon morgen und übermorgen im alten Macht- und Klassenstaat auf die Stufe des Proletariats gesunken ist, mit ihm zusammen eine Freiheitspartei bildet, die Front macht gegen Kapitalismus und Imperialismus, die auf dem Anmarsch sind, alte Vorrechte wieder aufzurichten?

Der Entscheidungskampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus ist in ein neues Stadium getreten. Heftig muß er entbrennen mit denen, die Wiederaufbau des alten Systems wollen; oder (fast dem gleichkommend) den langsamen Abbau. Das bisherige Staatsgebäude ist eingestürzt und soll ganz einstürzen; es kann sich jetzt nur noch um völligen Neubau handeln. Wir brauchen, um wirkliche „Ruhe und Ordnung“ zu bekommen, die sozialistische Republik, alles andere ist steter Kampf der Klassen miteinander! Ob der Bürger, der ahnungslos oder übermüdet, teilnimmt an dem gefährlichen Spiel der Reaktion, sich klar ist, welche weltgeschichtliche Rolle er damit spielt? Ob der Bürger weiß, daß er wieder den Fluch des Verrates am Freiheitskampf des Volkes auf sich lädt? Ob er ahnt, daß dem Sieg der Reaktion Jahre blutigen Bürgerkrieges mit Naturnotwendigkeit folgen müssen, daß Kriege und Revolutionen immer wieder kommen, so lange nicht die endgültige Freiheit für das Volk errungen ist?

Es ist widerlich zu sehen, wie in dieser Zeit, die groß genannt zu werden verdient hat, bürgerliche Kreise — vor allem „Demokraten“ — politischen Ruhhandel treiben und mit Kompromissen über Kompromissen dabei sind, eine Kampffront gegen die große Masse der Sozialdemokraten zu bilden. Wie erbärmlich wird dort verurteilt, unter Vorhaltung der Maske „auf dem Boden der Revolution und Republik stehend“ zu retten, was nur irgendwie gerettet werden kann. Man will verhindern, daß wirklich eine neue Zeit beginnt. Krampfhaft wird Altes neu angefrischen und werden Stützen des Kapitalismus gebaut. Dabei machen Kreise mit, die in diesem kapitalistischen Klassenstaat, der da gerettet werden soll, gerade so armelig oder noch schlimmer leben müssen, wie das Volk der Schwerearbeitenden. Diese merken gar nicht, daß sie für Interessen und Vorrechte einreißend werden, die nicht ihre Interessen sind. Und sie wissen nicht, daß die sozialistische Republik allein die Erfüllung ihrer letzten Wünsche zu bringen vermag.

Die Reaktion weiß, daß es nur ein sicheres Mittel gibt, die Revolution unschädlich zu machen, nämlich: sie selbst in die Sand zu nehmen. Das hat Friedrich Wilhelm IV. von Preußen auch gemacht, als er sich im März 1848 an die Spitze der „königlich preussischen Revolution“ stellte.

Wer im Buch der Geschichte auf der Seite der Freiheitskämpfer aufgeschmetzt sein will, der stelle sich ehrlich auf die Seite der sozialistischen Revolution und kämpfe offen für diese. Wer heute noch auf der anderen Seite steht, weil er sich nicht frei machen konnte von den verschiedensten Gemütskonventionen oder familiärer Art und noch im alten System verhaftet ist, der gehe vor der Entscheidungsschlacht in sein Inneres und prüfe seine wahre Gesinnung und höre auf die Stimme seines Gewissens. Die Sozialisten kämpfen nur für die Freiheit! Es geht letzten Endes um die Verwirklichung einer hohen reinen Idee (Verwirklichung, Verstaatlichung, Materialisierung; dies als Hinweis für die, welche dem Sozialismus „auch materielle Interessen“ vorwerfen). Jeder Einzelne bedenke die ungeheure Verantwortung vor der Weltgeschichte, denn ein „Sieg“ über die Freiheitskämpfer wird nichts sein, als eine zeitweilige Unterdrückung derselben und diese werden immer wieder kommen, wie 1789, 1848/49 und 1918. Kriege müssen kommen und Revolutionen und die Welt wird nicht frei werden davon, bis die Entwicklung der Menschheit soweit ist, daß niemand mehr die ungeheure Schuld auf sich nehmen wird, Feind der Volksfreiheit zu sein. Jeder Einzelne hat die Entscheidung in der Hand, ob seine Kinder und Kindeskiner immer noch nicht leben können in einem Freistaat von dem Ferdinand Freiligrath 1848 gelungen hat:

Kein Krieg mehr und Spalten!  
Nur fester Bund zu Lieb und Glück!  
Nur Bundesrat — di. Republik! —  
Und mensichlich schön Entfallen!

Seite 6.  
Kants und am Mitt.  
geschloffen.  
Januar an  
0, 3. Etzd.  
368  
Sitarren,  
monikas,  
5049  
Verkaufsschäft,  
the 22.  
ngen  
natur an  
3440  
Wenz  
211.  
ine,  
zu ber-  
täglich von  
en Kaiser  
878  
stafchen  
ben in  
hs  
geschäft  
52.  
nstalt  
d)  
he.  
Bader.  
Rappa-  
Stass-  
wefol-  
er.  
und  
it. von  
nach-  
1/2 Uhr.  
Uhr.  
rtagen  
5187  
B.  
borm.,  
5 Uhr  
1/2  
349  
hil und  
entlicher  
wie nicht  
mitigie,  
gen Ge-  
breitlich  
für Ba-  
Mitglie-  
gen ein  
De.  
e Con-  
ageszel.  
äge für  
werden,  
adilen  
brist ist  
eder 24

# Zum Entwurf einer neuen badischen Verfassung.

(Von Stadtrat Dr. D. Di. Karlsruhe.)

XXVI.

Fortsetzung und Schluss des Textvorschlages.

VI.

Von den Anklagen gegen die Minister und Mitglieder der obersten Staatsbehörden.

§ 68.

Der Landtag hat das Recht, die Minister und Mitglieder der obersten Staatsbehörden wegen einer durch Handlungen oder Unterlassungen wissenschaftlich oder aus grober Fahrlässigkeit begangenen Verletzung der Verfassung oder anerkannt verfassungsmäßiger Rechte oder schwerer Gefährdung der Sicherheit oder Wohlfahrt des Staates förmlich anzuklagen.

Ein solcher Beschluß erfordert die in § 55 für Verfassungsänderungen vorgeschriebene Stimmenzahl; die Zurücknahme desselben kann mit einfacher Stimmenmehrheit geschehen.

Das Anklagerrecht des Landtags wird durch die Amtsniederlegung oder Entfernung des Angeklagten vom Dienst, mag sie vor oder nach erhobener Anklage erfolgen, nicht aufgehoben.

Im Falle der Verurteilung ist auf die Entlassung des Angeklagten aus dem Staatsdienst, soweit solche nicht vorher erfolgt, zu erkennen und festzustellen, ob ihm eine durch Handlungen oder Unterlassungen wissenschaftlich oder aus grober Fahrlässigkeit begangene Verletzung der Verfassung oder anerkannt verfassungsmäßiger Rechte oder schwere Gefährdung der Sicherheit oder Wohlfahrt des Staates zur Last fällt. Diese Feststellung ist für die Straf- und Zivilgerichte, welche über die Art und Höhe der etwa zu ererkennenden Strafe und Entschädigung im ordentlichen Rechtsweg zu urteilen haben, bindend.

§ 69.

Das Richteramt über die im vorigen Paragraphen erwähnte Anklage ist der Landtag als Staatsgerichtshof in Verbindung mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichts und acht weiteren Richtern aus, welche aus den Kollegialgerichten des Landes durch das Los bezeichnet werden.

Dem Angeklagten und den Vertretern der Anklage steht ein Ablehnungsrecht zu.

Der Präsident des Landtags hat den Vorsitz, sein Stellvertreter ist der Präsident des Oberlandesgerichts.

Das Nähere über die Bildung des Staatsgerichtshofes, sowie das Verfahren bei demselben wird durch ein gemeinsames Gesetz bestimmt.

Die hiernach zur Vertretung der Anklage gewählten Mitglieder des Landtags sind von der Ausübung des Richteramtes ausgeschlossen.

§ 70.

Die während der Landtagssammlung von ihm beschlossene Anklage wird auch nach der Vertagung oder dem Schluss des Landtags von den erwähnten Kommissaren verfolgt, und der Landtag gilt in Beziehung auf diesen Gegenstand nicht als vertagt oder geschlossen.

Dasselbe gilt von der Auflösung des Landtages, jedoch wird die Schlussverhandlung und Entscheidung über die Anklage bis nach Ablauf der in § 53 Schlusssatz der Verfassungsurkunde festgesetzten Frist verschoben.

§ 71.

Satz 2. St. der Einberufung des neuen Landtags der Staatsgerichtshof das Urteil noch nicht gefällt, so wird derselbe neu gebildet, und der Landtag wählt aufs Neue die Kommission zur Vertretung der Anklage.

Erfolgt jetzt eine abermalige Auflösung, so bleibt die vom Landtag gewählte Kommission zur Vertretung der Anklage ermächtigt und ebenso der Staatsgerichtshof in den früheren Besänden.

§ 72.

Das Recht der Anklage erlischt 3 Jahre von dem Zeitpunkt, wo die verletzende Handlung zur Kenntnis des Landtags gekommen ist, wenn der Landtag jenes Recht nicht wenig-

stens durch den Beschluß, den Antrag auf Erhebung einer Anklage in Betracht zu ziehen, gewahrt hat.

Die Anklage kann ferner nicht mehr erhoben werden, wenn die Mehrheit des Landtags jene Handlung gebilligt hat.

VII.

Verfassungsrevision und Übergangsbestimmungen.

§ 73.

Die Revision der Verfassung in ihrer Gesamtheit oder in einzelnen Teilen kann jederzeit auf dem Wege der Gesetzgebung unter Berücksichtigung des Volksvorstandsrechts und der Volksabstimmung stattfinden.

§ 74.

Der zur Zeit der Eröffnung des ersten Landtags, mit welchem die neue Verfassung in Wirksamkeit tritt, bestehende Zustand in allen Zweigen der Verwaltung und Gesetzgebung, soweit er nicht mit dieser Verfassung in Widerspruch steht, dauert fort, bis auf gesetzlichem Wege eine Neuordnung getroffen sein wird.

## Deutsches Reich.

Der Berliner Kellnerstreik beendet.

Nach mehrtägigen Kämpfen haben, wie die Frankfurter Zeitung berichtet, die Gastwirte und ihre Angestellten vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts Frieden geschlossen, wobei beide Parteien von ihren Forderungen einiges nachlassen mußten. Vor allem wurde das Trinkgeldhjem einmütig abgelehnt, und dafür die feste Bezahlung der Kellner eingeführt. Als Mindestbezüge wurden festgesetzt: Kellner unter 20 Jahren 80 M., über 20 Jahren 100 M. in der Woche. Der Kost- und Logierzwang für das Dienstpersonal ist abgelehnt. Gegebenenfalls werden für Wohnung und Essen 40 Prozent der Löhnung abgezogen. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, das Publikum durch Plakate auf die Abschaffung des Trinkgeldhjem aufmerksam zu machen. Die Betriebe werden heute wieder geöffnet.

## Ein Bericht Hoovers über die Ernährung Europas.

Paris, 8. Januar. (Neuer.) Der Vorsitzende der amerikanischen Lebensmittellieferungskommission Hoover gab einen Bericht über die Ernährungslage Europas, in dem er sagte: Seit meiner Ankunft in Europa wende ich mit den Beamten der alliierten Regierungen in der Untersuchung der Ernährungslage insofern andere der betroffenen Gebiete zusammen. Wie haben über die Lage in Deutschland Untersuchungen angestellt, und aber bisher noch nicht so weit um irgendwelche endgültigen Beschlüsse zu fassen. Die Bevölkerung der endgültigen Welt der letzten Ernte über gegeben haben, werden bald erbracht sein. Damit in der Lebensmittelversorgung während der Zeit der Untersuchung und der Schaffung der Organisation keine Verzögerung entsteht, haben wir durch gemeinsames Zusammenwirken des Kriegsamt und der Lebensmittelverwaltung bis heute etwa 150.000 Tonnen Nahrungsmittel nach verschiedenen europäischen Ländern geschickt. Daneben geben wir bisher monatlich 150.000 Tonnen nach Belgien und Nordfrankreich. Inzwischen senden wir gemeinsam mit unseren Alliierten in die verschiedenen Länder Kommissionen, die die Transportfrage untersuchen und danach trachten sollen, die Finanzfrage zu regeln. Das Transportproblem bietet außerordentliche Schwierigkeiten infolge der schlechten Zustände der Eisenbahnen und des rollenden Materials in den ganzen in Frage kommenden Gebieten.

Daher entstanden nach der Landung der Lebensmittel neue Schwierigkeiten. In Belgien und Nordfrankreich mußten wir für die Verteilung einen Dienst mit Lastautomobilen einrichten und werden wahrscheinlich auch in den anderen Ländern dieses Verfahren einrichten müssen.

Außerordentlich schwierig ist ferner die Finanzfrage. Die Ernährung Europas während der nächsten 8 Monate bildet ein großes ökonomisches Problem. Sie ist auch von allergrößter

politischer Bedeutung, wenn wir Anarchie verhindern wollen. Wenn wir den Wunsch hegen, daß die Welt zu irgendeiner Form ordnungsmäßiger Regierung zurückkehrt, und wenn wir die Errichtung von Regierungen, mit denen wir Frieden schließen können, sichern wollen, müssen wir auf irgendeine Weise für Nahrungsmittelversorgung sorgen. Das finanzielle Problem zerfällt in drei Kategorien:

1. In Deutschland und einige Alliierte und Neutrale können wir die benötigten Nahrungsmittel in Form eines richtigen Handelsverkehrs gegen angemessene Bezahlung in annehmbaren Beträgen verkaufen.

2. Die befreiten Gebiete und einige Alliierte, denen Amerika nach den gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen zeitweilige Anleihen geben kann.

3. Die Völker, die die Unterstützung Amerikas in erheblichem Maße benötigen, denen diese Unterstützung aber aus den gegenwärtig verfügbaren Fonds nicht gewährt werden kann.

Es erscheint den Alliierten und der amerikanischen Regierung nur gerecht, daß ein großer Teil der Schwierigkeiten der befreiten Länder durch die rückständigen Handlungen der deutschen Armeen verursacht ist, die Deutschen veranlaßt werden sollten, Schiffe für den Nahrungsmitteltransport nach diesen Gebieten zu stellen. Es wird zweifellos eine Vorbeugung für die Erneuerung von Lebensmittelbeziehungen an Deutschland sein, daß deutsche Schiffe für die Versorgung aller befreiten Länder benutzt werden.

## Deutsche Nationalwahlen.

Warum ich als Bodenreformer für die Sozialdemokratie stimme.

Offener Brief an den Landesverband Baden des Bundes Deutscher Bodenreformer.

Karlsruhe, 7. Januar 1919.

Sehr geehrte Herren!

Leider habe ich damals Ihrer Einladung zur politischen Aussprache der hiesigen Bodenreformer nicht folgen können, so sehr mir auch der behandelte Gegenstand am Herzen lag. Nun lese ich das Ergebnis jener Aussprache vermehrt.

Wir wissen, daß mit der Revolution in den Kreisen der Bodenreformer auf neue der Plan aufrat, fortan als politische Partei für die Forderungen der Bodenreform einzutreten oder wenigstens nicht anderen gesinnungs- und richtungsverschiedenen Organisationen eine politische Tagungsgemeinschaft zu bieten. Mir wurde gesagt, daß auch Damajacke und seine engeren Mitarbeiter in dieser Hinsicht ernstliche Erwägungen angestellt haben. Das würde also den Bruch mit dem bisherigen Grundgedanken des Bundes bedeuten, wonach dieser seine Forderungen durch alle politischen Parteien zu vertreten sucht und auf eine eigene politische Vertretung verzichtet, um sich die bisherige Grundlage und die bisherige Wirksamkeit zu sichern, die angehörig aller Parteien umfängt, d. h. also den Bruch der bisherigen politischen Neutralität. Ob darüber Verhandlungen mit den Landesverbänden stattgefunden haben, ob der badische Verband sich dafür oder dagegen entschieden hat, entzieht sich meiner Kenntnis.

Diese Bestrebungen sind, wie ich aus dem Rundschreiben ersehe, erfolglos geblieben. Ich bedauere es, weil ich Grund zu der Annahme habe, daß die politischen Parteien sich bislang überwiegend bereit erklären, die Forderungen der Bodenreformer zu vertreten, ohne daß es tatsächlich im Parlament und in der Gesetzgebung zu positiver Bewirkung kommt. Die bürgerlichen Parteien sind allzuweit mit den Interessen der Bodenreformpolitik verflochten, als daß sie gegen diese Entschieden aufzutreten vermöchten. Es mag in ihnen Parlamentarier geben — und es hat sie gegeben —, die sich eifrig und nachdrücklich um die Sache der Bodenreformer bemühen; wenn es aber fraktionsgenossen gewinnen, kaum die Möglichkeit gewinnen, im Plenum oder in den Kommissionen für das betreffende Gesetz sich einzusetzen. Daß der freiere Mensch die Einbringung eines Reichsheimstättengesetzes fordert, bedeutet nichts, weil es unter dem Druck des Krieges, der Ernährungsnot, der Wohnungsnot, der Landungsnot und der Heimatnot durchgedrückt ist, und das ist es, was die Entscheidung — auch für seine Durchführung sorgt, so wird es dem Umstande zu verdanken sein, daß die gesamten Sozialdemokraten geschlossen dafür eintreten. Denn allein vor dieser Partei (der ich selbst nicht angehöre) können wir Bodenreformer erfolglos, vorbestimmte, unerbürgerte Erfüllung unserer Forderungen erhoffen, weil sie allein, von kapitalistischen In-

## Die Bühler Berta.\*

I.

Gustav Adolf Beck war ein junger Techniker in einer großen Fabrik einer kleinen Stadt, irgendwo im Bodensee, als er beim Mittag- und Abendessen in der „Krone“ seine spätere Braut kennen lernte. Berta Bühler hieß sie und war eine jüngere Schwester der Kronenwirtin. Der half sie in Küche und Keller und in der Wirtschaft. Sie mußte sie die Gäste bedienen. Da war weiter nichts dabei. Vor allem kein Verstoß gegen die Mißbilligung: Standesgemäßheit. Einmal: weil diese Pflanze in jenen Gegenden im allgemeinen nicht recht vorwärts kommt, den Boden noch immer zu hart und rauig findet. Und dann: weil in jenen Gegenden die Kellerin fast ebenso Aussicht hat, im Gassen der Ehe zu landen, wie dort, von wannen jene Pflanze kommt, im Borsdell. Beidemal nur eine Durchgangspflanze.

Und wie das so kommt: bald war aus der Liebelei mit Beck eine Liebe geworden. Wie sie es eben so meinten die beiden. Sie verlobten sich; und er ließ sich ebenso gern verloben. Und die Gewohnheit des Zusammenlebens lieferte den Miß dazu. Er war Anfangs der Zwanziger, in jenem Alter, wo die Vergangenheit noch zu grün und die Zukunft noch zu grau ist, als daß das Rot der Gegenwart in seiner Souveränität sich irgendwie beeinträchtigen ließe. Und die Berta war noch eine von jenen braven, gläubigen Mädchen, für die Ehe und Braut noch im gleichen Blumenfeld nisteten. Nur einmal, ehe sie sich ihm verlobt, hatte sie sich die Vermunft in ihr geweckt und nach vornwärts gewandt, wie ein Nachwächter, ehe er auf der Bank einschläft. Da hatte sie ihn nur gefragt: „Sag, Gustel, machst das nichts, daß du ewiglich bist und ich katholisch?“

Da hatte er sie dann in den Arm genommen und ihr von der Ehe gesprochen, von der Liebe, die stärker sei als das Leben und größer als alle Religion.

\* Aus der Novellenammlung „Der Weigenkorn und andere Novellen“ von Walter Ketter. Verlag Neuf und Jita, Konstanz.

Und weil sie ihm so aufmerksam, so bewundernd zusah, da hatte er sich dann in dies Thema hineingeredet, wie einer, der sich in seiner eigenen Rede in die Höhe rankt, wie eine Spinnne an ihrem eigenen Faden.

An jenem Abend hatte sie sich ihm versprochen. Sie war ja so gutwillig, daß ihr neuerlicher Versuch für keinen Mißrat zu betrachten wurde. Und so glücklich, daß er ihr das alles, was ihr selbst schon oft und unklar vorgedreht war, so schön gesagt hatte, als seien ihre Gedanken eine verflämte Fäule gewesen, und ihr Gustel hat sie mit seinen schönen Worten wieder gestimmt, sodas die Afforde klar und doll erklangen. Und das Herz gab in raschen Schlägen den Laß dazu an.

II.

Bald war die Kronenwirtin dahinter gekommen. Und hatte die Berta gefragt, was an der Sache sei und was draus werden solle.

Sie hatte es gut gemeint, die Kronenwirtin. Nur an dies hatte sie in jenem Augenblick nicht gedacht: wenn man ein junges Mädchen mit diesem Gemüt über das die erste, echte Liebe gekommen ist, nach dieser Liebe fragt, so richtet man eine Frage an das Schicksal. Und das Schicksal, das keine eigene Sprache hat, antwortet nicht auf Wort, sondern auf den Ton. Daran hatte sie nicht gedacht, die Kronenwirtin. Und hatte daher das erstauute Schweigen ihrer Schwester überhört. Sie sollte sich nur keine unnötigen Hoffnungen machen, wo er doch ewiglich sei, und solle an Vater und Mutter denken.

Zwischen ihrem ersten und zweiten Satz lag, wie ein Gedankenschnitt, Bertas Schweigen. Und auf diesem kurzen Stützpunkt Bertas Schicksal; zusammengesauert, wie ein Raubtier vor dem Sprung.

Für Bertas Schicksal wäre es nicht so bedeutungsvoll gewesen, wenn sie Gustels Rede überhört hätte, wie der Landstand, daß die Kronenwirtin in jenem Augenblick ihr Schweigen überhört.

Wenn wir aufmerksam hinschauen, so werden wir viel häufiger finden, als man gemeinlich annimmt, daß das Schicksal nicht so sehr von uralten Erlebnissen seinen Ausgangspunkt nimmt, als von unmerklichen Kleinigkeiten, von einem einzigen Witz etwa, von einem einzigen Ton.

Gäbe die Kronenwirtin dies gemerkt, so hätte sie schon in ihrem ersten Satz den Ton auf das Schicksal eingestimmt, hätte dann das Schweigen verstanden und vielleicht ihre Säure in den Arm genommen. Und Berta hätte sich vielleicht ausgeweint. Und ich hätte vielleicht nie etwas von ihr vernommen das mir länger als eine Sekunde im Bewußtsein haften geblieben wäre. Ihr großer, alter Glaube, an dem sie mit keiner Aufrichtigkeit gegangen war, der Glaube an die Kräfte, an ihre Familie, an ihre Vergangenheit, der hätte den neuen Glauben an ihre Liebe vielleicht bald wieder überwunden. So aber bekam ihr neuer Glaube den stärksten Charakter, den ein Glaube bekommen kann: das Martyrium. Und den Trost. Und daran war die Kronenwirtin schuld, die es doch so gut mit ihrer Schwester gemeint hatte.

Wenn man beim Vorwärtschreiten einen neidwütigen Welddack überstößt und hinstolpert, dann wird man nachher überlegt man aber den übergebenen Widdack und fällt hinein, dann läuft man Gefahr zu ertrinken.

(Fortsetzung folgt.)

## Eingegangene Bücher u. Zeitschriften.

(Alle hier bezeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.)

Handbuch des guten Tones und der feinen Sitze. Von Konstantin von Franklen. 26. verbesserte Auflage. 304 Seiten. Preis 1.00 M. gebunden 1.75 M. Mag. Leske Verlag, Berlin W. 15. Von allen den zahlreichen Büchern der gleichen Art ist uns keines bekannt, das so viele Vorzüge in sich vereint wie gerade dieses. Es ist geschmackvoll und vornehm ausgestattet, behandelt jeden Stoff musterhaft und erschöpfend und ist äußerst billig. Nicht von dulleeren, heißen Förmlichkeiten, überall gibt Verbesserung der früheren Form mit innerer Bereicherung, stets höchstlich mit Herzlichkeit Hand in Hand. Selbst der Erwähnung, der geistlich hergeleitete wird vieles aus dem Buche lernen. Kein Alter, kein Stand, keine Lebenslage ist unberücksichtigt gelassen. Jedenfalls möchten wir das Buch als bestes Geschenk für jeden Lebensalter und in das Buch als bestes Geschenk wärmstens empfehlen.

tereien frei, gegen den Kapitalismus kämpfend, grundjährlich wie praktisch die unsere Forderungen als Bestandteil ihres politischen Programms übernommen hat.

Was für das Parlament gilt, gilt auch für die Regierung, der es ja in erster Linie vorbehalten bleibt, die betreffenden Gegenstände auszuarbeiten und vorzulegen. Auch hier wird nur eine Regierung, in der die Sozialdemokratie die Mehrheit besitzt, Durchgreifendes und uneres Wünschen voll Entprechendes leisten.

Ich weiß nicht, welchen Erfolg das Rundschreiben des Landesverbandes bei den Parteisekretariaten (Wahlschüssen) gehabt hat. Ich würde aber auf etwaige zustimmende Erklärungen, Wahlen, Wahlforderungen usw., die ihre praktische Wertigkeit zu deutlich erweisen haben. Einzig und allein der Sozialdemokratie kann es als Bodenreformer meine Stimme geben, insbesondere nachdem mit der wirtschaftlichen Überwindung des Proletariats und mit seiner Gleichberechtigung das Bedenken fortfällt, daß durch eine bodenreformatorische Gesetzgebung das Massenbewußtsein und die Kampfkraft des Proletariats aufgehoben werden könne. Die Haltung der Gewerkschaften gegenüber dem Heimstättengeheimnis, in den Fragen des Ansehensbeweises überhaupt, rechtfertigt unter volles Vertrauen.

Darf ich zusammenfassen: Ich anerkenne, daß der Bund deutscher Bodenreformer seine bisherige politische Neutralität nicht, seine Gedanken und Forderungen in alle Parteien zu tragen fortführt und seinen eigenen Mitgliedern ihre politische Stellungnahme freistellt, aber ich wünsche und fordere, daß jeder Bodenreformer, der die politischen Verhältnisse klar überblickt und aus den bisherigen Erfahrungen Lehre zieht, am Wahltag allein der Partei seine Stimme gibt, die als die Partei der Bodenreformer gelten muß: der Sozialdemokratie.

Die Deutsch-nationale Volkspartei.

Unter der Überschrift 'Wahrheitsunterdrücker an die Front!' schreibt der 'Vorwärts':

Alle Leute, die während des Krieges dazu beigetragen haben, dem deutschen Volke die Wahrheit zu verheimlichen, ihnen Sand in die Augen zu streuen, es über seine wahre Lage hinwegzutäuschen und so der Katastrophe zuzuführen, werden in der 'Deutsch-nationalen Volkspartei' an führende Stellen berufen. Vorständig ist bekanntlich der ehemalige preussische Staatsminister Hertig, der den schönen Satz von der amerikanischen Armee prägte: 'Sie kann nicht fliegen, sie kann nicht schwimmen, sie kann nicht kommen'. Jetzt ist, wie die 'Demokratische Parteiforschung' erzählt, zum Generalsekretär der 'Deutsch-nationalen Volkspartei' Major v. Oberg, der bekannte ehemalige Chef der Oberamtsstelle, gewählt worden. Herr v. Oberg hat, wie kaum ein anderer, zur Unterdrückung der Wahrheit über den Krieg beigetragen. Seiner Amtsführung ist es zum größten Teil zuzuschreiben, daß die Mehrheit des deutschen Volkes bis zum Schluß nicht wußte, wie es um Deutschland stand. Die 'Deutsch-nationale Volkspartei' hat freilich die Mitarbeit der 'Wahrheitsunterdrücker' außerordentlich nötig, denn in ihr sitzen ja die Leute, die bei Kriegsausbruch gejubelt haben: 'Wir haben diesen Krieg herbeigeführt. — Jetzt ist sie da, die heilige Stunde!' — Aber diese Lausache wird selbst der Oberzensurherren Oberg nicht aus der Welt schaffen.

Und einer solchen Partei gegenüber brünet es der 'Badische Beobachter' fertig, seine Freude darüber auszudrücken, daß sie bei den badischen Nationalwahlen so 'glänzende Resultate' erzielte, daß sie sich die 6 Mandate, 'um selbständig gehalten in einer Zeit und unter Umständen, die ihnen die Arbeit wahrhaftig nicht leicht machte'!

für die Frauen.

Frauen heran!

Unter der Militärmoratorie zeigte uns Deutschland ein eiferndes Antlitz, auf den Lippen stets Verneinung gegenüber unserem Völkchen nach Volksrecht und Frauenrecht. Ein Aufbäumen unseres Heeres, das nur nach Volksrecht sein will, hat die Monarchie und Kaiserwirtschaft gestürzt. Daß sie nie wieder sich erhole, muß die Arbeit der deutschen Frauen und Mütter sein. Des Grundrechts des Staatsbürgers ist uns verbleiben. Unsere Stimme wird gehört. Setzt nur, wie frauenfreundlich auch die Parteien jetzt sind, die besser unsere Forderungen verheißt, die gegen den Feind und Volksrecht kämpfen! Ihnen wollen wir den Rücken werden. Die sozialdemokratische Partei hat seit Jahrzehnten das Stimmrecht für uns gefordert, ebenso die Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau vor dem Manne benachteiligen, nachdrücklich verlangt.

Die Sozialdemokratie ist durch die Revolution zur Macht gelangt. Ihre erste Tat war die Verleihung des politischen Wahlrechts an die Frauen. Daß wir es behalten und mit Hilfe der Sozialdemokratie auch wirtschaftliche und sozialrechtliche Gleichberechtigung dazu bekommen, ist jetzt in unsere Hand gegeben. Genossinnen! Erkennt, wo Euer Platz ist. Hört alle Frauen auf, daß sie nicht untüchtig den Händen der Freiheit bleiben und führt sie zu uns in die sozialdemokratische Partei! Frauen heran.

Ella Bierhölzl, Hamburg.

Die Nationalwahlen in Baden.

Verchiebung des Wahlergebnisses zugunsten der Linken.

Bei einer Überprüfung der Wahlergebnisse hat sich ergeben, daß im 2. (Freiburger) Wahlkreis das Zentrum und im 4. (Mannheimer) Wahlkreis die Deutsch-nationale Volkspartei ein Mandat zugunsten der demokrat. und sozialdemokratischen Partei zuviel erhalten hatten. Es muß deshalb in Freiburg das Zentrum ein Mandat an die demokratische Partei abtreten, anstelle des Kreisrichters Dr. Baumgartner in Emmendingen tritt der bisherige Landtagsabgeordnete Wajsa in Lahr, während in Mannheim die Deutsch-nationale Volkspartei ein Mandat an die Sozialdemokratie abgeben muß, anstelle des Kaufmanns Meyer von Hebelberg tritt umter Genosse Redakteur Adam Kemmle von Mannheim der derzeitige Vorsitzende des Landesausschusses der Arbeiter und Bauernvereine.

Die Badische Nationalversammlung setzt sich nunmehr zusammen aus 40 Abgeordneten des Zentrums, 36 Abgeordneten der Sozialdemokratie, 25 Abgeordnete der Deutschdemokratischen Partei und 6 Abgeordnete der Deutsch-nationale Volkspartei. Die Linke erhielt durch diese Verchiebung eine nicht unbedeutende Verstärkung, unsere Partei verfügt nun über ein volles Drittel der Sitze.

Die Berufsvertretungen in der badischen Nationalversammlung.

In der badischen Nationalversammlung wird die Landwirtschaft und Arbeiterchaft die stärkste Vertretung besitzen. Nach den am Sonntag vollzogenen Wahlen sind nämlich 16 Landwirte noch im Nebenberuf das Amt des Bürgermeisters versehen. Die Arbeiterchaft ist vertreten durch fünfzehn Gewerkschafts- und Arbeitersekretäre, vier Arbeiter und zwei Arbeiterinnen. Eine unbedeutende Vertretung hat auch das Handwerk, von dem sieben Vertreter in der Nationalversammlung sitzen werden. Die badische Beamtenschaft wird in der Nationalversammlung vertreten sein durch fünf juristische Beamte, einen höheren kirchlichen Beamten und drei mitlere Beamte, ferner durch drei Professoren. We immer, hat auch die Anwaltschaft eine erhebliche Vertretung, denn es sind aus ihren Kreisen sieben Rechtsanwälte gewählt. Weiter werden in den Reihen der Mitglieder der badischen Nationalversammlung drei katholische und drei evangelische Pfarrer, drei Fabrikanten und drei Stadträ. die sonst keinen Beruf mehr ausüben, finden, ferner einen Tierarzt, einen Oberbürgermeister. Auch die badische Lehrerschaft hat eine stärkere Vertretung gefunden als auf den früheren Landtagen, indem ein Kreisrathskolleg drei Lehrer und zwei Lehrerinnen gewählt worden sind. Das Zeitungsgewerbe entsendet sechs Fachleute, nämlich einen Zeitungsverleger, zwei Redakteure, einen Druckermeister und zwei Buchdrucker in das neue Parlament. Außer den schon oben erwähnten Gemeindevorstellern werden noch vier Bürgermeister im Mandat sitzen, ferner drei Kaufleute, ein Galzwerker, ein Brauereimeister, ein Soldatenratsmitglied, ein Kranenfabrikbeamter, eine Armenfürsorgerin. Unter den neun Frauen haben vier keinen Beruf.

Sofortige Ablieferung

von Heeresgut bei den zuständigen Behörden beschleunigt den Frieden Reichsverwaltungsamt, Berlin W 8, Friedrichstrasse 66.

Der Wahlausfall im Murgal.

Aus Gausbach schreibt man uns: Auf schöne Erfolge kann unser bis vor kurzem noch hoffnungslos Bauerndörferchen zurücksehen. Am Vorabend der Wahl sprach nochmals in zündender Weise in einer Vereinsversammlung der Vorsitzende Gen. Lehrer Hoffmann; sämtliche nichtorganisierte Anwesende schlossen sich dem sozialdemokratischen Verein an, welcher nunmehr mit 55 Mitgliedern einer der stärksten des Murgales ist; auch wurde für je zwei Bezirke eine Volksfreundzelle errichtet. Der Wahlausgang brachte der Partei 144 Stimmen, womit Gausbach das viel größere Zentrum übertrafen konnte und dem bisher allein herrschenden Zentrum ziemlich nahe an den Leib rührte. Durch Bildung einer Turnvereine, Gewerkschaften und gesellschaftlichen Veranstaltungen aller Art soll das Interesse der Mitglieder stets nachgehalten werden, auch seien Gen. Hoffmann nun eine Anzahl ganz tüchtiger Mitarbeiter bei, so daß auch in Zukunft unser züchtiger Verein dem hiesigen Murgal als Vorbild dienen kann.

Über. In unserm Vorort mit seiner starken Arbeiterbevölkerung ist das Wahlergebnis für die Sozialdemokratie recht bezeichnend ausgefallen. Von 2020 Wahlberechtigten haben 1835 abgestimmt; davon 890 Soziald., 43 Unabh. Soz., 478 Demokr. Sp., 252 Zentr., 166 Christl. natl. Sp. Von den abgegebenen Frauenstimmen ist ein großer Teil uns zugute gekommen, trotzdem die evangelische und katholische Kirche Himmel und Erde in Bewegung setzten um die Frauen für sich zu gewinnen. Ganz so dumm sind die Frauen halt doch nicht, wie sie von d'eel'n Derschaften eingekauft werden, obwohl noch so manche arme Frau der kirchlichen Vereinsführung erlegen ist und die Interessen ihres Mannes mit dem Stimmzettel verbindet hat. Auch sie müssen noch für uns gewonnen werden. Deshalb dürfen wir in unserer Aufklärungsarbeit nicht erlahmen. In den nächsten 14 Tagen bis zu den Nationalwahlen tritt Reich in den nächsten 3 Versammlungen. 2 Volksversammlungen und eine Frauenversammlung. Hat, zu denen noch nähere Einladung ergeht. Die Versammlungen müssen mindestens ebenso gut oder noch besser wie die bisherigen besetzt sein, damit wir am 19. Januar noch weitere Stimmen gewinnen. Also auf zur Wahlkämpferei!

Das Wahlergebnis in Bruchsal, Badt verteilt sich in den verschiedenen Bezirken in folgender Weise: Im 1. Bezirk: Soziald. 221; Demokr. 238; Unabh. Soz. 27; Zentr. 714; Deutsch-natl. 94. Im 2. Bezirk: Soziald. 194; Demokr. 512; Unabh. Soz. 22; Zentr. 504; Deutsch-natl. 61. Im 3. Bezirk: Soziald. 290; Demokr. 417; Unabh. Soz. 16; Zentr. 398; Deutsch-natl. 68. Im 4. Bezirk: Soziald. 350; Demokr. 122; Unabh. Soz. 26; Zentr. 571; Deutsch-natl. 24. Im 5. Bezirk: Soziald. 295; Demokr. 110; Unabh. Soz. 20; Zentr. 686; Deutsch-natl. 30. Im 6. Bezirk: Soziald. 320; Demokr. 280; Unabh. Soz. 42; Zentr. 552; Deutsch-natl. 50. Militär.: Soziald. 202; Demokr. 129; Unabh. Soz. 32; Zentr. 101; Deutsch-natl. 20. Gesamtergebnis in diesen Bezirken: Soziald. 1872; Demokr. 1808; Unabh. Soz. 194; Zentr. 3524; Deutsch-natl. 342. Somit wäre die Sozialdemokratie zur zweitgrößten Partei in Bruchsal vorerklärt. Bei einer Wahl zum Landtag nach der alten Weise könnte mit Hilfe der demokratischen Partei sowie der unabhängigen dem Zentrum das Mandat abgenommen werden.

Vom Truppenübungsplatz Heuberg wird gemeldet: Bei der Nationalwahl wurden mit dem Dorf Stetten a. f. M. zusammen abgegeben: 311 Stimmen für die sozialdem. Partei, 294 Stimmen für das Zentrum, 240 Stimmen für die Demokratische. Die hohe Stimmengahl des Zentrums ist erklärlich, da Stetten a. f. M. katholisch ist. Das Wahlergebnis wurde den noch hier befindlichen Truppen im Offizierskasino bekannt gegeben. Die Bekanntgabe der 311 sozialdem. Stimmen löste großen Jubel aus.

Zentrumsgitigation. Dem Zentrum ist bekanntlich kein Mittel zu schatz, um es im Wahlkampf nicht anzuwenden. Kirche, Anzeln, Hausagitatorien, Frauenbearbeitung, mit allen Mitteln wird gearbeitet. Nicht mal vor den Kindern schreiben die Zentrumsgitigationen zurück. Aus Stollhofen, Amt Wülfl, wird uns gemeldet, daß dort der Kaplan während des Religionsunterrichts eine Liste aus der Kirche gezogen habe und den Kindern die Namen der wohlhabendsten Mädechen des Orts verlesen habe, er gab den Kindern den Auftrag, die Verlesenen auf abends 7 Uhr zu einer Versammlung in die Kinderzule einzuladen. Wir beglücken uns mit der Rettung der Tatfrage, um dem 'Bad-

Beobachter' die Gelegenheit zu nehmen, bei 'Behandlung' dieses Paktes sich nur mit unsern etwaigen Schlussfolgerungen zu beschäftigen, um dabei den wirklichen Tatbestand 'übersehen' zu können.

3. Wahlkreis.

Quittung für den Wahlfond der Sozialdemokratischen Partei. Für den Wahlfond des 3. Kreises zu den bad. Nationalwahlen ging weiter ein: Letzte Quittung 7140,14 M.; Nr. 189: 31,20 M.; Nr. 352: 48,50 M.; Nr. 378: 48,90 M.; Nr. 379: 9 M.; Nr. 501: 30 M.; Nr. 502: 11 M.; Nr. 504: 23 M.; Nr. 168: 37,65 M.; Nr. 169: 8,50 M.; Nr. 170: 24,60 M.; Nr. 171: 21,50 M.; Nr. 172: 12 M.; Nr. 173: 54 M.; Nr. 624: 28,20 M.; Nr. 625: 14,80 M.; Nr. 626: 10 M.; Nr. 627: 12 M.; bei der Expedition des Volksfreund: M. R.: 2 M.; A. M., Lehr: 1,80 M.; Tabakarbeiterverband: 10 M.; A.: 2 M.; A. S.: 3 M.; Ulmer: 1 M.; Müller u. Schleiter: 2 M.; Gerold: 1,50 M.; St.: 5 M.; V.: 2 M.; Schumann Dörich: 2 M.; Versammlungsbesucher: 0,80 M.; G. M.: 5 M.; A. L.: 5 M.; zusammen: 7607,28 M. Weitere freiwillige Beiträge nehmen entgegen die Vertrauensleute der Partei, Expedition und Redaktion des 'Volksfreund', sowie der Parteisekretär A. W. J. e. l. e., Wilselstraße 47, Telefon 2300.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaften gegen Spartakusterror. Wie der 'Tabakarbeiter' mitteilt, hat die letzte Nummer seines Jahrgangs 1918 nicht erscheinen können, weil die Druckerei der 'Bremer Bürgerzeitung', in der sie bisher hergestellt wurde, am 21. Dezember ihren Inhabern der Firma Schmalfeldt u. Co. mit Gewalt abgenommen und in den Besitz des Arbeiter- und Soldatenrates überführt wurde. Die Maßregel richtete sich gegen die sozialdemokratische 'Bremer Bürgerzeitung' wegen ihres Kampfes gegen die Spartakisten und ihres Eintretens für die Einigung der Arbeiter. Zum Protest gegen die unerhörte Gewalttat, und um nicht durch Druckaufträge die Feinde der Gewerkschaftsbewegung zu unterstützen, hat der Tabakarbeiterverband die Beziehungen zu den Gewerkschaften abgebrochen und läßt künftig sein Organ in einer anderen Druckerei herstellen.

Aus der Gewerkschaftsbewegung. Der Gemeindegewerkschaftsverband hat im Monat Dezember 10 000 Mitglieder neu aufgenommen. Die Mitgliederzahl ist jetzt um 2600 höher als vor dem Kriegsbeginn. Der Lederarbeiterverband hat in den letzten Wochen um durchschnittlich je 1250 Mitglieder zugenommen. In den letzten drei Wochen überstieg die Zunahme 5000. Als nächstes Ziel des Verbandes bezeichnet die Lederarbeiterzeitung die Verdoppelung seiner höchsten Mitgliederzahl aus der 'Friedenszeit'. In der 'Handlungsgehilfen-Zeitung' teilt die Ortsgruppe Münden mit, daß sie seit dem 1. Oktober weit über 5000 Neuaufnahmen gemacht hat.

Baden.

Die Oberamtmänner. Die Kreisräte des Sta. nimmt in einem halbamtlichen Artikel die Oberamtmänner gegen unbegründete Anschuldigungen in Schutz und spricht die Erwartung aus, daß eine Beamtengruppe, die auch jetzt loyal auf dem Boden der neuen Verhältnisse arbeitet, nicht ohne jeden Anlaß in ihrer Ehre geränkt werde.

W. A. Vietigheim (Amt Naisatt), 7. Jan. Beim Spiel der Jugend von Vietigheim und Turmersheim mit Schußwaffen wurde ein 13 Jahre altes Mädchen von hier von einem abgegebener Kugel getroffen und sofort getötet.

W. A. Freiburg i. Br., 7. Jan. Nachdem am Sylvesterabend ein größerer Trupp von Vertriebenen aus Mülhausen eingetroffen war, sind wieder 41 Personen aus Rappoldweiler und ein weiterer Transport aus Ruffach angekommen. Bei dem Abtransport spielten sich dieselben Vorkämpfer ab wie bei den früheren.

W. A. Madingen bei Naisatt, 7. Jan. Beim Ankleiden kam die Tochter des Gemeindevorstandes Jol. Maier dem Riß zu nahe. Die Haare des Mädchens fingen Feuer und es erlitt so schwere Brandwunden, daß es starb.

Freifahrer für mittellose Flüchtlinge aus Elßah-Lothringen. Aus Elßah-Lothringen ausgewiesene mittellose Flüchtlinge erhalten wie die Karlsruhe Zeitung mitteilt, auf den deutschen Bahnen freie Fahrt ab der Ubergangsstation nach dem neuen Aufenthaltsort. Die Flüchtlinge werden für die 4. Klasse, in besonders gearteten Fällen (hohes Alter, Krankheit) auch für die 3. oder 2. Klasse ausgestellt. Die Ausstellung der Fahrkarte erfolgt im allgemeinen durch die Betriebsstellen, erforderlichenfalls auch durch die Ubergangsstationen. Ausweise von Behörden (Bezirksämtern usw.) dürfen als Fahrausweise nicht benutzt werden. Diese Ausweise dienen lediglich zur Erlangung eines Preisheines bei der betreffenden Eisenbahndienststelle.

Die Rückkehr unserer Kriegsgefangenen.

Die Badische Gefangenenfürsorge schreibt uns: Wir haben in den Weihnachtsferien sowohl mit den amtlichen Stellen in Berlin, wie auch mit dem Genfer Roten Kreuz und in Beziehung gesetzt, um zu erfahren, wie es eigentlich mit der Rückkehr unserer Gefangenen aus Frankreich und England steht. Man kann heute noch nichts mit Sicherheit sagen. In den Kreisen der deutschen Waisenfürsorgekommission herrscht die Ansicht, daß mit dem Präliminarfrieden auch die Rückkehr der Gefangenen gesichert sein wird und die Heimtransporte dann alsbald beginnen werden. Das Genfer Rote Kreuz hat sich seinerseits bei dem französischen Kriegsministerium verwandt. Der Schwerverwundeten-Austausch und der Austausch der Schwerkranken wird in den nächsten Wochen schon wieder beginnen. Nur wird die ärztliche Untersuchung der Gefangenen ausschließlich durch französische Ärzte stattfinden. Die französische Regierung hat auch dem Genfer Delegierten beruhigende Zusicherung über den Abbau des bisher bestehenden Systems der Gefangenenbehandlung gegeben, da die französische Regierung jetzt keine Neutralitätspolitik mehr zu treiben gedenke. So fällt in der Zeit des Weihnachtsfestes doch ein Strahl der Hoffnung in die deutschen Häuser, die um den Gatten und den Sohn in französischer Gefangenschaft hängen.

Andererseits gilt es, daß wir alle Klarheit über die Tatsache haben, daß heute noch die volle Sicherheit über die Gestaltung des Schicksals der Unteren fehlt. Wir müssen von unserem Staate verlangen, daß er für die Gefangenen eintritt und alles tut, um die schnelle Rückkehrung zu sichern. Wir müssen bei dem politischen Kampfe, der kommt, von jedem unserer Abgeordneten verlangen, daß er die Sache unserer Gefangenen zu seiner eigenen macht. Die nächste Pflicht ist und bleibt zunächst immer, was wir die ganzen Jahre hindurch der Bevölkerung vorgehalten haben: Es gilt die Gefangenen zu unterstützen! Wer den eigenen Sohn aus dem Felde zurückkommen sah, soll an diejenigen denken, welche die Unteren noch in Feindesland haben.

# Die Vorgänge in Berlin.

**W.B. Berlin, 7. Jan.** Nach den bisher vorliegenden Nachrichten kam es im Laufe des gestrigen Tages an fünf Stellen zu Zusammenstößen, bei denen es Tote und Verwundete gegeben hat. Auch in der Nacht haben Straßenkämpfe vor der Reichskanzlei stattgefunden. Spartakisten verübten einen Handstreich auf die Reichskanzlei. Die Regierungstruppen feuerten. Es gab 20 Tote und mehr als 40 Verwundete.

Die Nacht verlief verhältnismäßig ruhig. In den späten Abendstunden wurde um das Probitantamt in der Köpenickerstraße gekämpft, das nach längerem Kampfe von den Regierungstruppen geräumt wurde. Hier und da während der ganzen Nacht fielen einzelne Schüsse.

Heute sind die Blätter von Ullstein, Scherl und Mosse, sowie auch der „Vorwärts“ nicht erschienen.

Wie die „Freiheit“ mitteilt, hat die Parteileitung der U.S.B. Deutschlands beschlossen, eine Vermittlung zu suchen, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, indem sie auf der einen Seite der Regierung und dem Zentralvorstande Groß-Berlins und den revolutionären Obleuten und den Vertrauensleuten auf der anderen Seite vorschlägt, in Verhandlungen einzutreten und die strittigen Punkte einer Kommission zur Schlichtung zu überweisen.

**W.B. Frankfurt a. M., 7. Jan.** Die „Fr. Ztg.“ meldet aus Berlin: Das Haupttelegraphenamt und das Hauptfernpostamt haben zwar gestern eine spärliche Befahrung erhalten, versehen aber ihren Dienst in der bisherigen Weise.

10.50 Uhr vormittags vor dem Reichskanzlerhaus hoben sich wieder große Massen angesammelt. Man hörte bereits wieder Maschinengewehrfeuer. Zu sehr heftigen Kämpfen ist es gestern Nachmittag in der Köpenickerstraße bei der Kaserne der Gardepioniere gekommen. Von den Pionieren wurden Lastautomobile, die für die Liebeschaften bestimmt waren, angehalten. Bei den Kämpfen hat es 50 Tote gegeben.

11.15 Uhr vormittags. Anmarschierende Bände der Mehrheitsgruppen zogen auf den Wilhelmplatz und vor das Reichskanzlerpalais, gegen Mittag in starken Massen. Es werden unter den Truppen, wie gestern, zahlreiche Ansprachen gehalten. Am Brandenburger Tor, am Schloßplatz und dem Belle Allianceplatz ist es bereits zu Feuergefechten zwischen den Regierungstruppen und Spartakusanhängern gekommen.

**W.B. Frankfurt a. M., 7. Jan.** Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Berlin: An verschiedenen Stellen der Stadt ist es, wie bereits kurz berichtet wurde, am Montag Abend und im Laufe der Dienstag Nacht zu Schießereien gekommen, die zum Teil einen recht blutigen Verlauf genommen haben. Überall zeigen sich jedoch die Truppen durchaus als zuverlässig und behielten die Oberhand. Die militärischen Vorbereitungen für ein gründliches Durchgreifen, falls die unbesonnenen Elemente nicht vorher das Feld räumen sollten, sind erst im Laufe des Dienstag beendet und muß erst der heutige Tag die große Entscheidung bringen. Auch in einzelnen Vororten ist es zu Zusammenstößen gekommen. In Potsdam behielten die Mehrheitssozialisten die Oberhand, dagegen einige Erfolge zu erzielen. Sie besetzten dort das Rathaus, das dann von Pionieren beschossen wurde. Die Spartakusleute erwiderten das Feuer nicht, sondern hielten auf dem Rathaussturm eine weiße Flagge. Daraufhin wurden Verhandlungen zwischen den Pionieren und den Spartakusleuten eingeleitet, die zu dem Ergebnis führten, daß am Dienstag Abend 6 Uhr ein Waffenstillstand verabredet wurde, weil man bis dahin eine Entscheidung in Berlin erwartet.

Die Berliner Zeitungsbetriebe werden nach wie vor besetzt gehalten. Die Einmäße zu den Druckereien sind durch große Papierrollen verbarrikadiert. Die „Kreuzzeitung“, die „Berliner Neuesten Nachrichten“ erscheinen angeblich unter der Kontrolle des A- und S-Rates in Berlin und weisen große weiße Stellen auf.

**W.B. Berlin, 7. Jan.** Wie wir erfahren, hat sich noch gestern Abend der Soldatenrat der Berliner Garnison auf die Seite der Regierung gestellt. Auch von den Garnisonen in Brandenburg, Frankfurt a. d. O. und Küstrin sind gestern Abend noch Meldungen zu Gunsten der Regierung eingelangt. Volksbeauftragter Noske hat im Auftrag der Regierung noch gestern Abend die Marmoretschaft an die gesamte Garnison Groß-Berlins herausgegeben.

## Spartakusumtriebe im Reich.

**W.B. Düsseldorf, 7. Jan.** In Mülheim und Oberhausen haben die Spartakusanhänger die öffentliche Gewalt an sich gerissen und die Herrschaft des Proletariats nach russischem Vorbilde proklamiert.

**W.B. Dortmund, 8. Jan.** Anhänger des Spartakusbundes hielten gestern im Gewerbeverein eine Versammlung ab, nach der es in verschiedenen Stadtteilen zwischen den Spartakisten und der Sicherheitswehr zu Zusammenstößen kam. Am Kernerplatz, wo der Bezirkssoldatenrat sein Büro hat, wurden mehrere Zivilpersonen durch Maschinengewehrfeuer verletzt. Am späten Abend zogen die Demonstranten unter Schreien auf Liebeschaft nach dem Druckereigebäude der „Westfälischen Allgemeinen Volkszeitung“, dem Organ der Mehrheitssozialisten, und besetzten die Betriebsräume. Die in dem Betriebe lagernden gedruckten Zeitungen wurden vor dem Druckereigebäude in der Kielerstraße und auf dem Steinplatz verbrannt.

**W.B. Nürnberg, 7. Jan.** Heute nachmittags 2 Uhr wurde die „Fränkische Tagespost“, das Organ der Mehrheitssozialisten, von Spartakusleuten besetzt.

**W.B. Buxtehude i. Oberholl., 7. Jan.** Gestern besetzte eine Bande von bolschewistischen Arbeitern die Kreuzenstraße mit Maschinengewehren und behinderte die Mannschaften und die Beamten an der Einfahrt. Auf jeden Menschen, der in die Nähe des Grubengebäudes kam, wurde von dieser Bande geschossen. Wie wir erfahren, sind militärische Maßnahmen zur Befreiung dieses Zustandes getroffen worden.

**W.B. Leipzig, 7. Jan.** Dem „Leipziger Tageblatt“ wird aus Berlin gemeldet: Wie gestern Abend aus Schwerin

angekommene Reisende berichten, sind dort in der Nacht zum Montag Unabhängige und Spartakisten eingetroffen, die am Montag Morgen die Regierungsgewalt behauptet hätten. Eine Bestätigung der Nachricht war bisher nicht zu erhalten.

**W.B. Braunschweig, 8. Jan.** Die gesamte revolutionäre Arbeitererschaft ist gestern nachmittag in einen Sympathiestreik für die Partei Liebeschaft eingetreten. Um 3 Uhr versammelten sich die Garnisonssoldaten, die Matrosen mit etwa 50 Maschinengewehren. Mitglieder der Braunschweiger Volkswehr, über 10 000 Arbeiter und Angehörige anderer Stände zu einem gewaltigen Zuge durch die Stadt.

## Massenkundgebungen in Mannheim.

**Mannheim, 8. Jan.** Heute nachmittags fand eine große Massendemonstration der Arbeitererschaft der hiesigen großen Betriebe und Fabriken gegen die Gewalttätigkeit der Spartakisten statt. Die Arbeitererschaft war in Aufrufen und durch Flugblätter aufgefordert worden, zu einer öffentlichen Massenkundgebung auf dem Marktplatz über dem Neckar anzutreten. Um in Ruhe und Ordnung, nötigenfalls aber auch mit entschlossenem Zugreifen gegen die nichtwürdigen Verwaltungen- und Erpressungsversuche jener Frevler am Wohle des Volkes zu demonstrieren. Der Aufforderung folgten ungeheure Massen der Mannheimer Arbeitererschaft, die Fabriken feierten, viele Betriebe schlossen ebenfalls. Auf dem Marktplatz sammelten sich die Arbeiter und marschierten in einem Zuge, der einen Vorbeimarsch von 1 1/2 Stunden in Anspruch nahm, durch die Stadt. Vor dem Rosengarten hielt Reichstagsabgeordneter Oscar Sed-Mannheim eine Ansprache, in der er die 50 000 Versammelten aufrief, Ordnung und Ruhe zu bewahren und den Spartakisten zurief: „bis hierher und nicht weiter!“ Seine Rede schloß mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie. Einzelne Unabhängige und Spartakusleute versuchten erfolglos die Demonstration zu stören.

## Die Folgen.

**W.B. Berlin, 8. Jan.** Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt regierungsoffiziell: Die bedauerlichen Vorgänge in Berlin am Sonntag und Montag haben nach bereits vorliegenden Depeschen der deutschen Vertreter eine geradezu verhängnisvolle Wirkung auf unsere außenpolitische Lage gehabt. Die Vertreter der Entente haben sich bereits erkundigt, ob Deutschland nach diesen Ereignissen in der Lage sei, seinen finanziellen Verpflichtungen zu entsprechen. Sie verlangen Sicherheiten für die Erfüllung ihrer Forderungen und drohen, sich im eventuellen Falle die Sicherheiten auf eigene Faust zu verschaffen. Wenn sich das deutsche Volk nicht im letzten Augenblick dem Spartakus zur Wehr setzt, so droht dieser „Kladderadatsch“ uns in die ewige Schuldensclaverei der siegreichen Entente zu stürzen.

## Aus der Partei.

**Moskau, 7. Jan.** Sozialdemokratische Partei Russlands: Den Parteigenossen und Genossinnen zur Nachricht: Am 8. Januar, punkt 8 Uhr, eine Parteiverammlung statt. Dringende und wichtige Arbeiten machen einen starken Besuch der Versammlung notwendig. Es gilt für den Kampf am 19. Januar zu rüsten. Darum auf, noch einmal an die Arbeit! Ganja-Dotel.

## Aus der Stadt.

**Karlshof, 8. Januar.** Meierheim. Die Parteigenossen und Genossinnen werden auf Donnerstag, Abend 7 Uhr zu einer wichtigen Versammlung freundlich eingeladen. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Ehemache. Der Vertrauensmann: Müller.

## Kartoffeln.

Infolge der geringen Zufuhr von Kartoffeln hat sich der Stadtrat veranlaßt gesehen, den zulässigen Verbrauch von wöchentlich 7 Pfund für die Person auf 5 Pfund herabzusetzen. Es werden deshalb vom 13. Januar 1919 ab auf die Kartoffelmarkten wöchentlich nur 5 Pfund Kartoffeln abgegeben. Die Verordnung über den zulässigen Verbrauch gilt auch für diejenigen Haushaltungen, die ihren Winterbedarf im Wege des Bezugsscheinverfahrens oder durch Bezug von der Stadt eingedeckt haben. Auch sie dürfen von dem 13. Januar 1919 ab wöchentlich nur 5 Pfund für die Person verwenden. Da der eingelagerte Vorrat bei einer Konsumtion von 7 Pfund bis zum 13. Mai 1919 reichen sollte, müssen diese Haushaltungen mit dem Vorrat bis zum 6. Juli 1919 auskommen; bis zu diesem Zeitpunkt werden sie wieder Kartoffeln nach Kartoffelkarten erhalten.

Vom 13. Januar 1919 ab sind die Haushaltungen, die Kartoffeln haben berechtigt, ihren Bedarf jeweils für vier Wochen auf einmal zu decken; sie erhalten deshalb 6 gegen Abgabe der Kartoffelkarten für 4 Wochen für jede Person 20 Pfund Kartoffeln.

Für den Ausfall an Kartoffeln stehen Erdbehraben und Weiberbuden zur Verfügung, die marktfrei auf den Märkten und in den Geschäften verkauft werden können. Es wird empfohlen, sich damit einzudecken. **Karlshof, den 6. Januar 1919.** 308

## Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

## Bekanntmachung.

Die Prüfung für den Straßen- und Sammelherdienst betr. Am 10. Februar d. J. beantragt wird eine Prüfung für den Straßen- und Sammelherdienst hier abgehalten werden. Welche um Zulassung sind unter Anschluß der erforderlichen Karte bis längstens zum 3. Februar d. J. schriftlich anzugeben. Die Zulassungsbedingungen enthaltende Verordnung vom 19. März 1900 Nr. 3468 am bei den Wasser- und Straßenbau- und den Abfallabfuhrstellen sowie auf unserer Kanjale eingesehen werden.

Eine weitere Prüfung wird bei Bedarf voraussichtlich im Mai Juni d. J. abgehalten werden. 399

**Karlshof, den 8. Januar 1919.**  
Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues.

Zur Bevölkerungsbewegung wird mitgeteilt: Im Jahre 1918 waren in Karlsruhe 460 Kinder geboren worden, 450 waren im gleichen Jahre gestorben, 34 Ehepaare wurden getraut. In Karlsruhe belief sich im selben Jahre die Zahl der Geburten auf 506, die der Verstorbenen auf 727, die der jungen Ehepaare auf 147. Diese Statistik sagt genaug.

**Tierchutzverein.** In der Januarversammlung des Tierchutzvereins wird am Mittwoch, den 8. Januar d. J., abends 8 Uhr, im Nebenraum der „Ber. Jahreszeiten“ Herr Privatgelehrter Erwin Diemer über Richtlinien des Tierchutzes sprechen, die für jeden Tierfreund, besonders für unsere Mitglieder, von größtem Interesse sein werden. Es wird daher um zahlreiches und pünktliches Erscheinen gebeten.

**Bob. Landesbühnen.** Mit der vorgestrigen Aufführung haben die Theaterleistungen des Landesbühnen im Konzerthaus begonnen. Diejenigen Mieter, die ihre Plätze noch nicht umgetauscht haben, werden ersucht, dies alsbald zu tun. Mit der persönlichen Auswahl des Platzes wird den Wünschen der Mieter mehr Rechnung getragen, als mit der beschriebenen amtlichen Zuweisung.

Bei dem hiesigen Landgericht werden jetzt wieder wie früher vier Strafkammern, statt wie bisher drei, tätig sein. Der Arbeitsstoff wird in folgender Weise verteilt werden: die erste Strafkammer behandelt die Straffälle aus Karlsruhe-Stadt, die zweite die aus Pforzheim und dessen Vororten, die dritte die aus Loden, Ettlingen, Germersbach, Rastatt und dem Landbezirke Pforzheim, die vierte Strafkammer aus den Vororten und dem Landbezirke Karlsruhe, ferner die aus den Amtsgerichtsbezirken Breiten, Durlach, Bruchsal und Philippsburg.

Auf der Landstraße zwischen Karlsruhe und Durlach ist eine große blau-weiße Scheibe angebracht, die den Beginn der neutralen Zone anzeigt und zugleich den Soldaten zur Warnung dient, die neutrale Zone zu betreten.

## Letzte Nachrichten.

### Der gefangene Madensen.

**W.B. Basel, 7. Jan.** „Daily Mail“ meldet: Feldmarschall von Madensen wird von Saloniki nach Frankreich übergeführt werden. Es stehen wichtige Beschlüsse der Alliierten bevor, die nicht einmal angedeutet werden können gegen die Volkswesten in Europa vorzugehen.

### Briefkasten der Redaktion.

**M. G. Erlangen.** Wegen der Erneuerung des Staatsbürgerscheins begeben Sie sich sofort auf das Parteisekretariat, Wilhelmstraße 47, Eddstadt, von wo alles weitere veranlaßt wird.

**Verantwortlich:** Für Politikal, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Kober; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

### Vereinsanzeigen.

**Karlshof.** (Sängerbund Vorwärts.) Freitag abend punkt 8 Uhr Singstunde. Vollständiges Erscheinen dringend erwünscht.

**Mittwoch, den 15. Januar Volkswortstellung.** Rathaus der Weisse im Konzerthaus. Kartenbestellungen werden bis Donnerstag mittags 12 Uhr gegen Erlegung des Preises im Vereinslokal entgegengenommen. Parlett 120 Mk., Galerte 70 Pf. Kartenabgabe am Montag abend dalekt. 408

**Karlshof.** (Gesangverein Brüderbund Mühlburg.) Der Verein hält seine Übungsstunde jeden Freitag Abend halb 8 Uhr im Bierheimberger Hof, Ullsteinstr., ab. Nächste Übungsstunde Freitag, den 10. Januar 1919. Gäste willkommen. 387 Der Vorstand.

### Wasserstand des Rheins.

Schiffertel 240 cm, gefallen 20, Neßl 347 cm, gefallen 15, Wiazau 370 cm, gefallen 15, Mannheim 542 cm, gefallen 82.

Seitens der Entente wird damit gedroht, daß das Reich für das Abhandenkommen und die Verschleuderung von Geeresgut haftbar gemacht werden wird. Die feindliche Presse vertritt sich sogar zu der Behauptung, daß die Regierung absichtlich große Geereslager von Waffen, Munition und sonstigen Geeresgut aller Art der Ränderung überliefern hätte. Dem muß mit aller Entschiedenheit durch die Tat entgegengetreten werden, und deshalb verlangt auch heute wieder das Reichswehrministerium die sofortige Ausrückung von Geeresgut bei den zuständigen Behörden, um dadurch den Forderungen zu beschleunigen.

## Welt-Kino.

Kaiserstrasse 133

Auf vielseitigen Wunsch verlängert bis Freitag

### Albert Bassermann

in

### Lorence Bughardt

Schauspiel in 4 Akten 401

sowie das übrige abwechslungsreiche Programm.

### Maul- und Alauenleuche betr.

Im Stadt. Schacht und Viehhof ist die Maul- und Alauenleuche ausgebrochen. Heber den selben wird Exzere verhängt und der Durzwied von Kleintieren durch die Schlachthofstraße bis auf Weiteres verboten.

Karlsruhe, den 5. Januar 1919. 406

Bezirksamt. — Volksgeldredaktion.

---

Firma Kriegerstrasse 34 gestern

Abend um 10 bis 11 Uhr. Ein kinderloses Ehepaar möchte gerne ein

Schwefel. Kartenpreise bis

Kaufhaus Schneiderstrasse 10

Weidenstr. 30. Markt a. (Mädchen von 1/2 bis 1 Jahren

vermieden werden. Der erl. den Tag über in gute, geoffen

Kinder wird geboren. Demnach hätte diese Namen. Zu eu

keim Pionier von vier Jahre trauer bei Frau Kunz. Du

oder Partigrantenstr. 4, 3. St. lade: strasse 98, 2. St.

abzugeben. 408

**Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.**

# Photogr. Vergrößerungsanstalt

## Fritz Albrecht

Yorkstrasse 10

Telephon 2443

### liefert Vergrößerungen

in tadelloser Ausführung unter Garantie grösster Haltbarkeit. Da meine Vergrößerungen in eigener Werkstätte hergestellt werden, konkurrenzlose Preise und schnellste Lieferung.

Vertreter gesucht.

852

### Die Zurückführung von Waffen und Heeresgut in den Besitz des Reichs betr.

Trotz aller ergangenen Aufforderungen und Kontrollmassnahmen befinden sich noch immer zahlreiche aus den Beständen der Heeresverwaltung stammende Waffen sowie bedeutende Mengen an Heeresgut und Heeresgerät unbefugterweise im Besitze von entlassenen Soldaten und von Zivilpersonen. Diese Zustände können nicht länger geduldet werden. Die Reichsregierung sieht sich daher genötigt, ihnen entgegenzutreten.

Wir beordnen mit sofortiger Gesetzeskraft:

§ 1. Wer sich unbefugt in dem Besitze von Waffen befindet, die aus Heeresbeständen stammen, ist verpflichtet, sie innerhalb der von den zuständigen Behörden bezeugenen Frist abzuliefern. Wer aufständische Verhalte ist, bestimmt die Landeszentralbehörde.

Unbefugter Besitzer ist, wer ohne den Willen der Regierung oder der ihr unterstellten Organe den Besitz solcher Waffen erlangt hat oder erhält.

§ 2. Die gleiche Verpflichtung liegt demjenigen ob, der Heeresgerät und Heeresgut aller Art (Fahrzeuge, insbesondere Kraftfahrzeuge, Pferde) im Besitze hat, ohne sich über den rechtmässigen Erwerb dieser Gegenstände ausweisen zu können. Sanktioniert es sich um militärische Bekleidungs- oder Ausrüstungsstücke zum persönlichen Gebrauche, so ist dem Besitzer der Nachweis des unrechtmässigen Erwerbs zu führen.

§ 3. Wer sich nach Ablauf der Frist noch unbefugterweise im Besitze von Gegenständen der in §§ 1 und 2 bezeichneten Art befindet, wird, unbeschadet einer nach den allgemeinen Strafgesetzen wegen der unbefugten Aneignung etwa bereits verwirkten Strafe, wegen Unterlassung der angeordneten Ablieferung mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und mit Geldstrafe bis zu einhunderttausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 4. Wer der angeordneten Ablieferung innerhalb der vorgezeichneten Frist nachkommt, bleibt für eine etwaige vor der Ablieferung benutzte, auf den abgelieferten Gegenstand bezügliche unbefugte Aneignung straflos. Die Ausführungsbestimmungen erlassen die Landeszentralbehörden.

Berlin, den 14. Dezember 1918.  
Der Rat der Volksbeauftragten.

Vorstehende Verordnung geben wir mit der Aufforderung bekannt, daß die hiernach im Besitze von unbefugten besitzlichen Waffen und Munition beim Bezirksamt — Polizeidirektion — Zimmer Nr. 7 und das sonstige Heeresgerät bei der Sammelstelle Erbprinzstrasse 17 und zwar bis spätestens 10. Januar 1919 abzuliefern sind. Wer der Aufforderung zur Ablieferung nicht rechtzeitig nachkommt, hat unmissverständlich sich straflos zu erklären. In Ermangelung dieser Erklärung wird das nicht abgegebene Heeresgerät für verfallen erklärt. Als Heeresgerät sind alle Gegenstände anzusehen, bei denen den Umständen nach anzunehmen ist, daß sie aus Beständen der Heeresverwaltung stammen.

Karlsruhe, den 8. Januar 1919  
Bezirksamt — Polizeidirektion.

### Dr. Friedrich Lövinger

nimmt seine ärztliche Tätigkeit wieder auf.  
Wohnung: Westendstr. 69, neben der früheren Wohnung.  
— Fernsprecher 3035. — 6548  
prechzeit: 8—9 und 2 1/2—4 Uhr.



## Palast-Theater

Fernruf 2502 Karlsruhe Herrenstr. 11  
Kasseneröffnung 1/8 Uhr — Anfang 8 Uhr.

Programm vom 8. bis einschl. 10. Januar.

### „Das Lied der Mutter“

Schauspiel in 4 Akten  
aus der beliebten Alwin Neuss-Serie 1918/19.

## Erika Glässner

in 384

### Das Fräulein von der Kavallerie

Köstliches Lustspiel  
in 3 Akten.

Drucksachen fertigt an  
Schneidererei Volkstreu.

Pfänderverleigerung.  
Am Mittwoch, 15. Jan. 1919, vorm. von 9 Uhr an findet im Saal des Leihhauses: Schwannstr. 6, 1. Stod, die öffentliche Versteigerung der verfallenen Pfänder Nr. 3048 bis mit Nr. 6356 gegen Verzahlung statt. Das Versteigerungslokal wird 1 Stunde vor Versteigerungsbeginn geöffnet. Die Kasse bleibt am Dienstag, den 14. Jan. 1919 nachmittags und am Versteigerungstage morgens geschlossen; wird jedoch nachmittags von 1/2 3 bis 5 Uhr geöffnet.  
Karlsruhe, 8. Jan. 1919.  
Städt. Pfandloshaus.

Gebrüder Scharff  
Wir empfehlen:  
**Branntwein**  
Anis Pfefferminz Wachholder  
Vorzügliche Qualitäten  
1/4-Literflasche  
M 50

### Mediko-mechanisches Institut Karlsruhe

(Unfallkrankenhaus, Röntgenlaboratorium)

Sofienstrasse 23.

Wiedereröffnung der Turn- und Übungsstunden im Zandersaal unter ärztlicher Leitung für Erwachsene und Kinder vorläufig Montags, Mittwochs und Samstags von 4 bis 1/2 6 Uhr nachmittags. 286

Ärztliche Sprechstunden täglich von 3 bis 4 Uhr.

Die leitende Aerzte:

**Dr. Hammer** **Dr. Pertz**  
Spezialärzte für Chirurgie und Orthopädie.

### Volksrat Karlsruhe. Aufklärungsausschuß.

### Vorträge über Fragen der Zeit.

Freitag, den 10. Januar 1919. IV. Vortrag.

Dr. Leo Kullmann.

### „Karl Marx und unsere Zeit.“

Großer Rathsaal.  
Eintritt frei! Eintritt frei!  
— Anfang 7 1/2 Uhr. — 881

### Lebensbedürfnisverein Karlsruhe

E. G. m. b. H.

Von heute ab werden wieder

### neue Mitglieder

aufgenommen. Näheres in unseren Verkaufsstellen und an der Kasse, Roonstrasse 28. Karlsruhe, den 2. Januar 1919.

Der Vorstand.

Ich bin aus dem Felde zurückgekehrt und habe meine Anwaltstätigkeit wieder aufgenommen. 847  
**Rechtsanwalt Dr. Haefelin**  
Fernruf 3450. Kaiserstrasse 156.

Militärstücke werden in allen Farben gefärbt. 882  
Färberei M. Weiss  
Blumenstr. 17  
— Telephon 2966.

### Versand- und Kleiderkartons

in allen Grössen stets vorrätig. Jede gewünschte Grösse kann sogleich angefertigt werden.

### Joh. Nesselhauf

Papierhandlung — Buchbinderei  
Kartonagenfabrik, Schützenstr. 46. 8968

Täglich prima frisches **Pferde-Fleisch** zu verkaufen.  
**Albert Notheiß, Pferdeschlächterei**  
Glückstrasse 17 Telephon 1928.

### Residenz-Theater.

Spielpläne vom 8. bis einschliessl. 10. Januar 1919.

Waldstr. 30  
Telephon 5111.

Schillerstr. 20  
Ecke Göttestraße.

Durlach  
zum Grünen Hof.

**Das Tagebuch der Juffa Ferrari.**  
Schauspiel in 4 Akten.  
In der Hauptrolle:  
**Leontine Kühnberg**  
Der neugeborene Vater.  
Lustspiel in drei Akten.

**Das große Welträtsel**  
Schauspiel in 4 Akten.  
**Elly studiert die soziale Frage.**  
Komödie in zwei Akten.

**Die Kraft des Michael Argobast.**  
Detektivschauspiel  
In vier Akten 383  
In der Hauptrolle:  
**Alwin Neuß.**  
**Dichter in Not.**  
Lustspiel in 3 Akten.

Seite 4.  
In Jahre 1918, 60 waren im getraut. In Geburten auf den Ehepaare

des Tierfähr- abends 8 Uhr, dringende erbeten werden, die für von größtem und pünkt-

führung haben ngerhaus be- igt umgetauscht e persönlichen r mehr Rech- zueufung.

er wie früher Der Arbeits- die Straffan- die zweite die 3 Baden, Ent- forsch'm, die Landbezirke rken Bretten,

rnfach ist eine der neuintra- armung dient,

n.

det: Feld- nach Frank- schüsse der den können

s Staatsbür- etariat, Wilt- ist wird.

nt, Zustand, für Badi'sche id Besuchen ger, sämtliche

Freitag ligen Er-

ans Nathan werden bis Briefes im Mt. Galerie 408 n 18 Burg- Freitag Abend ch. Nächste äpfe will- Vorstand.

gefallen 15, sollen 82.

es Reich für erequ: hant- gt sich gegen ohe Heeres- ut aller Art aller Erb- und desbalt it die for- Behörden,

o.

Freitag

rdt. 401 gramm.

etc.

und Klauen- erhängt und sstrafe bis

408

epaar möcht 407

nd is 1 Jahre e, gewiss n. Zu en unng, Dur

Freund.

Auf Sondertischen ausgelegt  
In den Schaufenstern ausgestellt

Preiswerte

Kurzwaren

Nähnadeln . . . . . Brief = 25 Stück	2	Kinderstrumpfhalter . . . . . Paar	1,75
Nähnadeln Blitz . . . . . Brief = 25 Stück	22	Damenstrumpfhalter . . . . . Paar	2,90
Stopfnadeln . . . . . 25 Stück sort.	28	Schuh-Nestel, 100 cm Pr.	10 1/2 120 cm 15
Haarnadeln . . . . . Brief = 25 Stück	12	Schuh-Nestel, sehr gute Ware	
Lockennadeln . . . . . Brief = 18 Stück	10	Pr. 80 cm 68 100 cm 85 120 cm 88	
Stecknadeln . . . . . Brief = 200 Stück	25	Baumwollband, 10 Meter . . . . .	Stück 65
Wäscheköpfe . . . . . Dtzd.	25, 28	Kragensätze, umspannen . . . . .	Dtzd. 25
Perlmutterknöpfe . . . . . Dtzd.	35, 85	Kettenaufhänger . . . . .	Stück 2
Porzellanknöpfe . . . . . 12 Dtzd.	42, 48	Damen-Büsten . . . . .	6,50

Spitzen

Zwirn-Spitzen . . . . . Meter	12, 28	Valenciennes-Einsätze . . . . . Meter	18, 30
Leinen-Spitzen . . . . . Meter	65, 95	Stickerel-Einsätze 2/4 Meter	Stok. 1,40, 1,60
Tüll-Spitzen . . . . . Meter	75, 95	Tüll-Stoffe . . . . . Meter	4,90, 5,75
Valenciennes-Spitzen . . . . . Meter	60, 125	Spachtel-Stoffe . . . . . Meter	3,50, 5,50

Mode-Waren

Batist-Blusen-Kragen . . . . .	2,90, 3,90	Kinder-Kragen mit Spitzengarn . . . . .	1,95, 2,50
Batist-Jacken-Kragen . . . . .	4,25, 5,90	Kinder-Kragen mit Manschetten	2,50, 3,90
Tüll- u. imit. Filetkragen . . . . .	4,75, 5,90	Theater-Hauben zum Ausschneiden	3,75, 5,75
Tüll-Passen, weiss u. schwarz . . . . .	6,75, 8,75	Marabout-Kragen . . . . .	13,50, 17,50

Her- **TIETZ** mann

Garantiert echte  
**Besen und  
Puhbürsten**  
sowie alle Arten Zahn-,  
Nagel-, Kopf- u. Kleider-  
bürsten im  
— Spezialhaus —  
**Herm. Ries**  
Ecke Friedrichsplatz.

Sie sparen Geld, wenn Sie  
**Pelze, Muffe  
Plüsch-Garnituren**  
in  
**Daniels Konfektionshaus**  
Wilhelmstr. 34, 1. Et.  
kaufen. Keine Ladenspeisen.

**Taschenuhren,**  
wenn auch reparaturbedürftig,  
werden stets angekauft in  
**5942 Weintraubs  
An- u. Verkaufsgeschäft**  
Kronenstr. 52, Tel. 8747

Zu verkaufen 1 Paar Schür-  
schuhe Größe 48, 1 Paar Ge-  
birgsschuhe Größe 39. 406  
Grünwinkel, Werberstraße 9.

Prima  
**Konzertzither**  
sowie gute Streichzither ist  
billig zu verkaufen. Unterriem  
wird dabei mitgeteilt. Angulichen  
Bertrags 4-7 Uhr. Puffig-  
straße 14, part. 380

**Verloren** 388  
von Kriegsinvaliden, Montag  
Abend gegen 6 Uhr Kronenstr.  
von Marienstraße bis Durlacher-  
straße, Warenhaus Tieg, dunkel-  
braune lederne Brieftasche. In-  
halt in Bargeid und Briefen  
wurden 90-100 Mk. Abgegeben  
gegen gute Belohnung Dur-  
lacherstraße 3., 1. Et. 113.

**Flechten-Leiden**  
dauernde Beseitigung durch  
deutsches Reichspatent. Prosp.  
gratis. „Sanis Versand“  
München 26 c.

**Die  
einzige  
Rettung.**

Wohnungsnot, Nahrungs-  
mittel- und Kohlenmangel  
bedrohen jeden  
**Arbeitslosen**  
mit **Verderben im  
Massengrab  
der Großstadt!**  
Darum hinaus  
**auf's  
Land**  
und in die  
**kleinen  
Städte**

JOE  
LOE

**Hund** 362  
entlaufen. Dobermann, Albe,  
schwarz mit braunen Abzeichen.  
Schwanz und Ohren gestutzt.  
Gegen Belohnung abzugeben  
bei Becker, Wirtschaft zur  
„Sonne“ in Grünhain.

**Grane Haare** 6329  
und Bart erhalten garant. u.  
dauernd Naturfarbe u. Jugend-  
frische wieder d. un. seit 12  
Jhr. best. bewährt. „Martinaque“.  
Laut v. Nachbestell. St. W. 4.  
Nachn. Nur durch: „Sants  
Verband“ München 26.

**Zahlung der Staatssteuer!**  
Das 1. Viertel der Vermögens- und Einkommensteuer muß  
spätestens am 14. Januar entrichtet werden. Vom 15. Januar an  
werden Verzugsstrafen erhoben und vom 22. Januar an Pfändungs-  
anordnungsgebühren erhoben. Gemahnt wird nicht. Man z. H.  
vor eiblos. 404  
Finanzamt Karlsruhe — Hauptsteueramt Karlsruhe  
Finanzamt Bretten.

**Bis auf Weiteres**  
findet jeden Tag, auch heute schon, von nachmittags 2 Uhr ab  
**Verkauf von Wurst**  
statt. 851  
**Theodor Gramlich**  
Ferdinandsgereie — Durlacher Straße 59.

**LUX**

**Luxeum Lichtspiele**  
Kaisersstraße 168. Telefon 3935.

**Liebe und Leben.**  
(Die Tochter des Senators)  
Drama in 4 Akten. Hauptdarsteller:  
**Frydel Fredy**  
und  
**Grete Weizler.** 885

**Die Pokerpartie.**  
Ein Abenteuer in 4 Akten.  
**Rolf Loer als Phantomas.**  
Letzte Vorstellung abends von 8-10 Uhr.

**Maßnahmen zur Verhütung der Einschleppung von Krank-  
heiten anlässlich der Abrüstung des Heeres betreffend.**

Unter Bezugnahme auf § 4 der unten folgenden Verordnung  
des Reichsamts für die wirtschaftl. Demobilisierung (Demobilisierungsamt) vom 20. November 1918 fordern wir hierdurch die  
jeden im Amtsbezirk und in der Stadt Karlsruhe nachstehend  
entlassenen Angehörigen des Heeres und der  
Marine, die sich vor ihrer Entlassung einer ärztlichen Unter-  
suchung der in § 1 der Verordnung bezeichneten Art nicht unter-  
zogen haben, auf, sich innerhalb der nächsten 14 Tage in der am-  
bulatorischen Stadtklinik zu Karlsruhe (Stein-  
straße 20) zur ärztlichen Untersuchung durch die dort diensttunenden  
Kassenärzte einzufinden. Militärpapiere sind mitzubringen. Die  
Stadtklinik ist an Werktagen geöffnet von 10-12 Uhr vor-  
mittags und 4-6 Uhr nachmittags.

Diejenigen ehemaligen Heeresangehörigen, die bei der Unter-  
suchung in der Stadtklinik als mit Mieberläusen behaftet befun-  
den werden, haben die Reinigung ihrer Personen sowie erforder-  
lichenfalls ihrer Familienangehörigen und ihrer Wohnung so-  
fort bei der in dem früheren Reservelazarett VII  
auf dem Exerzierplatz in Karlsruhe neu einge-  
richteten städtischen Entlausungsanstalt anzu-  
melden. Die Anmeldeung kann in der Entlausungsanstalt persön-  
lich (Eingang Ruhmannstraße) oder telefonisch (Nr. 5728) oder  
schriftlich (Adresse: städt. Entlausungsanstalt bei Lazarett VII  
Karlsruhe) an Vertragen in der Zeit von vormittags 8 Uhr bis  
abends 5 Uhr erfolgen.

Wir machen hieran anschließend noch besonders darauf auf-  
merksam, daß die Benutzung der genannten Ent-  
lausungsanstalt der Bezirksbevölkerung auch in anderen  
Fällen offen steht, und es wird der Bevölkerung drin-  
gerd geraten, in allen dazu geeigneten Fällen von dieser  
Gelegenheit der Entlausung Gebrauch zu machen. Die großen  
Gefahren eines Umhüllens der Verlau-  
fung auf die Bevölkerung sind bekannt; es muß nachdrück-  
lich darauf hingewiesen werden, daß durch eine Verlausung der  
Einnahmehelfer die Verbreitungen in den Wintermonaten aufretenden  
meist tödlich verlaufenden Fleckfieber.

Alle Entlausungen erfolgen völlig kostenlos.  
**Verordnung über die Verhütung von Seuchen.**  
Auf Grund des Erlasses des Rats der Volksbeauftragten über  
die Errichtung des Demobilisierungsamtes vom 12. Nov. 1918  
wird zur Verhütung von Seuchen verordnet:

§ 1.  
Sämtliche Angehörige des Heeres und der Marine haben sich  
vor ihrer Entlassung einer ärztlichen Untersuchung auf das Vor-  
handensein von Ungeziefer und übertragbaren Krankheiten zu un-  
terziehen. Den zu diesem Zweck ergehenden Anordnungen ist  
Folge zu leisten.

§ 2.  
Wer bei der Untersuchung als behaftet mit Ungeziefer  
befunden wird, ist sobald als möglich zu entlausen.

§ 3.  
Wer sich bei der ärztlichen Untersuchung als behaftet mit einer  
übertragbaren Krankheit, insbesondere einer Geschlechtskrankheit  
erweist, wird in Lazarettbehandlung genommen, bis die An-  
steckungsgefahr erloschen ist.

Beht bei dem Erkrankten Gewerbe für die Einhaltung der  
notwendigen Vorsichtsmaßnahmen gegen die Verbreitung der Krank-  
heit, so kann von einer Lazarettüberweisung abgesehen werden und  
die Entlassung erfolgen.

§ 4.  
Wer vor seiner Entlassung einer Untersuchung der im § 1 be-  
zeichneten Art nicht unterzogen worden ist, hat sich unverzüglich  
bei der nächsten erreichbaren militärischen Behörde oder bei der  
Ortsbehörde eines Aufenthaltsortes behufs Herbeiführung der  
ärztlichen Untersuchung zu melden.

Die Militär- oder Ortsbehörden haben die notwendigen An-  
ordnungen für die Verbeiführung der ärztlichen Untersuchung und  
der im Anknüpf hieran gemäß § 2 und § 3 erforderlichen Maß-  
nahmen zu treffen.

§ 5.  
Die Behandlung und Verpflegung der in Lazaretten Unter-  
brachten ist unentgeltlich. Im übrigen erhalten sie die besten Be-  
günstigungen wie erkrankte Heeresangehörige. Auch die Familienunter-  
stützungen werden weitergezahlt.

§ 6.  
Entlassene Angehörige des Heeres und der Marine, die keine  
Vermeidung darüber beibringen können, daß sie von Ungeziefer  
und übertragbaren Krankheiten frei sind, dürfen von den Gemein-  
den nicht in Bürgerquartiere gesetzt werden.

§ 7.  
Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.  
Berlin, den 20. November 1918.  
**Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung.**  
(Demobilisierungsamt). 378  
323. No. 1.  
Karlsruhe den 8. Januar 1919.  
Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Bezug  
1.20 M.  
Post 1.34

Wir  
Bajonet  
Sprengl  
lenert.  
nomen  
Drei  
sten, tra  
bergende  
das! S  
geschaffe  
die Arbe  
Statt  
terten m  
des men  
die hint  
sollten.  
Ved  
Vernicht  
doch no  
Leben z  
Die  
wir erst  
und So  
Philolo  
ihm die  
ständig  
gerfried  
dann L  
Baumw  
allen K  
Wir  
der Ver

Die S  
mehr  
achts b  
über V  
wechse  
Felsch  
nicht; v  
Truppen  
amen!

Woll  
nicht ei  
geben u  
ih auf  
füh.en  
Zweifel  
die etia  
Dauer  
gewüns

W  
auf der  
würde  
auf bei  
Einstim  
heren.  
Durch  
mit W  
schen  
der De  
aufge  
ihre Ge

Der  
Die Lo  
G. B.  
W  
verlaufe  
3 Uhr  
dann  
unter h  
der Ver  
Die Tr  
tatsache

W  
Stu d  
gefunde  
verden  
ken sin  
nen erl  
Spart  
wärts